

Entschließungsantrag **der Fraktion der SPD**

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 13/8933, 13/9874 –

Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Fortentwicklung des Finanzplatzes **Deutschland (Drittes Finanzmarktförderungsgesetz)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die betriebliche und private Altersvorsorge ist eine wichtige Ergänzung zur Rentenversicherung und wird in Zukunft eine größere Rolle spielen. Deshalb sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen hierfür grundlegend zu verbessern.

Die Einführung von Pensionsfonds zur externen Verwaltung von kapitalgedeckten Leistungszusagen oder zur Eröffnung der Option von Beitragszusagen des Arbeitgebers kann der betrieblichen Alterssicherung neue Impulse verleihen. Pensionsfonds eröffnen Arbeitgebern und Arbeitnehmern größere Gestaltungsmöglichkeiten bei gleichzeitig kalkulierbaren Beiträgen. Die Vermögensverwaltung mit teilweiser höherer Professionalität ermöglicht Chancen auf höhere Renditen; dem steht allerdings auch ein höheres Risiko für die spätere Altersleistung gegenüber.

Darüber hinaus werden sich positive Auswirkungen für den Kapitalmarkt ergeben. Die Liquidität der Märkte wird steigen. Die Funktion des Kapitalmarktes, das Kapital den produktivsten Verwendungen zuzuführen, wird in stärkerem Maße genutzt. Da in anderen Ländern der EU vergleichbare Pensionsfonds bereits am Markt etabliert sind, wird der Finanzplatz Deutschland ein weiteres Stück wettbewerbsfähiger. Schließlich sind die Pensionsfonds in der Lage, einen Teil ihres Fondsvolumens zur Bereitstellung von Risikokapital zu nutzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit der öffentlichen
Haushalte

1. so schnell wie möglich den Entwurf eines Gesetzes zur Ein-
führung von Pensionsfonds und
2. Vorschläge zur Verbesserung der betrieblichen Altersvorsorge
und der privaten Altersvorsorge unter Einbeziehung der Ver-
mögensbildung in Arbeitnehmerhand

vorzulegen.

Bonn, den 12. Februar 1998

Rudolf Scharping und Fraktion